

„Gleiches Geld für gleiche Arbeit“

Gedanken zum 1. Mai vom SPD-Abgeordneten Rainer Arnold

(pm) Bei den Neuverhandlungen zu Hartz IV habe die SPD vieles durchsetzen können, erklärte der Nürtinger Bundestagsabgeordnete Rainer Arnold (SPD) anlässlich des Tages der Arbeit am 1. Mai. Daneben hätte man zwar auch Kompromisse machen müssen. „Wir haben aber für Arbeitnehmer, Arbeitslose, bedürftige Kinder und auch für die Kommunen echte Fortschritte erzielt“, sagte Arnold in einer Presseerklärung.

Ein großer Erfolg sei der Mindestlohn für Leiharbeiter. Ihn habe die SPD gegen den erklärten Willen von Union und FDP durchgesetzt. „Leiharbeit kann ein wertvolles Instrument der Unternehmen sein, um Auftragsspitzen zu bewältigen, und sollte daher nicht generell verteufelt werden“, ist Arnolds Meinung. Leider sei Leiharbeit in den letzten Jahren aber auch allzu oft für Lohndumping missbraucht worden.

Ein Handeln in dieser Frage sei jedoch auch deshalb überfällig, da ab dem 1. Mai in Europa die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit gelte. Künftig bilde der jeweilige tarifliche Mindestlohn die absolute Lohnuntergrenze. Er liege ab 1. Mai bei 7,79 Euro im Westen und bei 6,89 Euro im Osten Deutschlands, und dies gelte auch für die verleihsfreie Zeit.

Gleiches Geld für gleiche Arbeit sei jedoch nach wie vor die wichtigste Forderung der SPD, die die Partei in einem Gesetz festgeschrieben haben möchte. Obwohl 80 Prozent der Bevölkerung den Grundsatz „gleiches Geld für gleiche Arbeit“ unterstützten, betreibe die FDP auch auf diesem Feld ihre Klientelpolitik.

Auch im Bereich der Gleichstellung von Frauen im Berufsleben rangiere Deutschland international auf den hinte-

ren Plätzen. Niemals zuvor habe es so gut ausgebildete Frauen gegeben, und dennoch seien sie hierzulande wenig in Führungsposition vertreten. Auch bei der Bezahlung gebe es große Defizite: Bei gleicher Arbeit bekämen Frauen zehn Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen.

Hier will die SPD eine Frauenquote von 40 Prozent in Aufsichtsräten und Vorständen und ein Entgeltgleichheitsgesetz, denn Gleichstellung ist, wie Arnold sagt, ein Gewinn für alle: Die Unternehmen profitierten von der Kreativität der Frauen. Gleichzeitig werde das Problem des Fachkräftemangels entschärft.

Mehr Mitbestimmungsrecht für Leiharbeiter

„Wir Sozialdemokraten wollen zudem mehr Mitbestimmungsrecht für Leiharbeiter. Ist der Leiharbeiter länger als ein Jahr in einem Unternehmen, muss die Leiharbeit in eine Festanstellung münden“, fordert der SPD-Abgeordnete. So könnten Stammbesellschaft und Leiharbeiter im Betrieb nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden.

Arnold wies jedoch auch darauf hin, dass ein leistungsfähiger Staat ausreichend Steuereinkünfte benötige. Statt Steuersenkungen zu versprechen und bei den sozial Schwachen zu kürzen, solle die Regierung daher endlich mehr Geld für Bildung in die Hand nehmen.

„Am 1. Mai als Tag der Arbeit sollten wir besonders die Gelegenheit nutzen, für diese Ziele zu demonstrieren“, so Arnold. Die SPD werde weiter zusammen mit den Gewerkschaften für soziale Gerechtigkeit und wirtschaftliche Vernunft kämpfen.